

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Nr. 198

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

### Vor Fertigstellung der deutschen Antwort.

#### Lebererreichung voraussichtlich am Dienstag.

##### Die letzten Beratungen.

Die Beratungen der Reichsregierung über die von der besichtigten neuen Vorschläge dürften morgen, spätestens übermorgen zum Abschluß gelangen. Nach der dann erfolgten Fertigstellung des Textes der deutschen Antwort, wird die Übergabe der Note voraussichtlich am Dienstag nächster Woche zu erwarten sein.

#### Die französischen Einschüchterungsversuche.

Keine Veränderung vor Einstellung des passiven Widerstandes. — Anerkennung des Rechts Frankreichs auf die Beilegung. — Die Provokationen der Nationalisten. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. April.

Zur Auffassung der Regierung, wie sie in getriggerten Ministerialrat zur Sprache gekommen sein soll, teilt der „Matin“ mit (und seine Angaben verdienen einige Beachtung, da gewisse Vorurteile in getriggerten Artikeln des „Temps“ und einigen Morgenblättern Spuren deselben Gedankenganges zeigen), er glaube, daß Deutschland jetzt keine Vorschläge machen werde, die Beachtung verdienen (?). Die Reichsregierung habe nicht die Absicht, die Agitation aufzugeben, die sie selbst entfesselt habe. Die letzte Verordnung des Reichspräsidenten (über die getriggerten des „Temps“ einen Artikel brachte) beweise, daß der deutsche Widerstand weitergehen soll und der Kanzler Cuno werde vielleicht gegen seinen Willen unterstützen. Wenn aber „weider Erwarten“ Deutschland Vorschläge machen würde, die in Betracht gezogen werden könnten, dann werde die französische Regierung als Voraussetzung für jede Verhandlung die Bedingung stellen, daß der passive Widerstand aufhören müsse. Das Reich müsse die Absicht niederklegen. Weiter heißt es: „Wir wollten das Ruhrgebiet im guten Einvernehmen mit der Bevölkerung zu einem produktiven Land machen; durch den Willen Deutschlands ist unser Unternehmen jetzt zu einem wirtschaftlichen Kampf geworden. Der Widerstand Deutschlands ist eine Auflehnung gegen den Vertrag. Eine Verhandlung ist also unmöglich, ohne daß Deutschland „W“ was eine besiegte Armee auf dem Schlachtfeld zu tun hat; das heißt, die Unfähigkeit einzustellen und sein Kriegsmaterial anzuliefern.“ Diese Forderung wird dann genau präzisiert. Die Verhandlungen und Dekrete zur Anwendung und Durchführung des passiven Widerstandes müssen aufgehoben werden. Alle finanziellen Maßnahmen zur Unterstützung von Streiks und Sabotage müssen widerrufen werden. Die Organisationen, die aus dem Ruhrgebiet entfernt sind (wahrscheinlich ist beinahe alles), müssen (hydraulisch gemeint) müssen wieder inaktiviert werden. Die Arbeiter gewalttätiger Handlungen gegen die Besatzung müssen vom Reich ebenso streng bestraft werden, wie von Frankreich. Das normale Leben im Ruhrgebiet, soweit es vom Reich abhängig ist, muß wieder hergestellt und das Recht Frankreichs auf die Beilegung muß anerkannt werden. Bevor der Kanzler nicht von diesen Notwendigkeiten überzeugt ist, wird jeder deutsche Verhandlungsversuch nur als ein Wagnis zu betrachten sein.

Somit der „Matin“. Die Antwort aus Deutschland kann nicht zweifelhaft sein.

Das „Journal“ meldet aus Berlin, daß die „verhältnissen Gedanken des Reichsstaatsgeheimrates Dr. Stresemann bei den Beratungen über ein neues deutsches Angebot nicht durchgedrungen seien und daß der Minister Weder einen vollen und unbestreitbaren Sieg davongetragen habe.“ Die Auffassung in den Kreisen der Regierung sei mit wenigen Ausnahmen für die Fortsetzung der Politik des passiven Widerstandes. Weil es aber in den Parteien eine starke Strömung gebe, die zu Verhandlungen dränge, werde die Reichsregierung wahrscheinlich versuchen, Vorbehaltsfragen einzulegen. Man werde versuchen, Frankreich als Friedensstörer erscheinen zu lassen und dadurch in Unrecht zu versetzen. Angewiesen sei die deutsche Botschaft in London beauftragt worden, von Lord Curzon einige ergänzende Erklärungen zu seiner Rede im Oberhaus zu erbitten. Zu diesen Informationen im Bereich der diplomatischen Mitarbeiter des „Journal“, daß in den französischen Zeitungen zu viel von den deutschen Vorschlägen gesprochen werde. Man dürfe nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß Frankreich Vorschläge erwartete. Frankreich erwartete von Deutschland nur eins: „Das klare Eingeständnis der Niederlage, die Unterwerfung des besiegten und als selbstverständliche Voraussetzung die Aufgabe des passiven Widerstandes.“ Die Rede Lord Curzons habe eine Fehlschicklichkeit mit den Vorschlägen Wilson für den Waffenstillstand gehabt und Deutschland wie sehr gut verstanden. Die Reichsregierung glaube jetzt ein vorteilhaftes Kompromiß erreichen zu können, aber Frankreich und Belgien hätten nicht das Ruhrgebiet besetzt, um solchen unvollkommenen Erfolg zu erzielen. Die deutsche Schuldsumme betrage 132 Milliarden und müsse vollständig bezahlt werden. Die Beilegung werde solange dauern, bis „Kapital und Zinsen“ bis zum letzten Heller getilgt seien.

Wenn 132 Milliarden „Kapital und Zinsen“ von Deutschland bezahlt werden und bis zum vollen Ausgleich die besetzten Gebiete in französischer Gewalt bleiben sollen, dann wäre das eine Eroberung für alle Ewigkeit. Die französischen Nationalisten möchten vielleicht mit solchen Drohungen die Möglichkeit provozieren, mit Waffengewalt vorzugehen zu können, und deshalb aus dem passiven Widerstand, den Frankreich in eine ganz unmögliche Position bringt, einen Ausfall machen. Zahl von solchen verbredensreichen Plänen in den Kreisen der französischen Nationalisten zum wenigsten gesprochen wird, beweist ein Artikel der gemäßigten „Gazette Nouvelle“. Der Verfasser, Guénel, empfängt keine Informationen ebenfalls in den diplomatischen Kreisen des Capi d'Orsay, und er erzählt darin, man

spreche davon, daß sich Frankreich „bald in wirklichen Kriegszustand mit Deutschland befinden könne“. Ein „ruhiger Beobachter, der über die deutschen Verhältnisse Bescheid wisse“, verhoffe, daß in diesem Sommer ernste Ereignisse bevorstehen dürften. Die gemäßigten Parteien hätten in Deutschland jede Macht verloren. Die Reaktionskräfte seien Herren der Situation. (Die Informationen des „ruhigen Beobachters“ sind aus der Luft gegriffen. Die Red.) Der Mitarbeiter der „Gazette Nouvelle“ fürchtet die Entwicklung „nicht als Franzose, aber als Mensch“. Er sagt, daß es nicht wunderbar wäre, wenn die Verzweiflung und Erbitterung des deutschen Volkes einen gewalttätigen Ausbruch zutriebe. Die Regierung Frankreichs habe sich getäuscht, als sie glaubte, der Antifranzösischer Truppen werde genügen um Deutschland zur Unterwerfung zu bringen. Man solle nicht ungetröst den Satz in die Seele des kriegerischen Volkes von 1870 hinein. Die Bürger Frankreichs müßten gewarnt werden. Statt optimistischer Reden müßten sie jetzt die Wahrheit hören. „Ein Deutschland müßte ihnen gezeigt werden, das weit eher zu „kräftigen Entschlüssen“ geneigt sei, als zu Verhandlungen. Der französische Plan „ein Plan des Aufbaues und des Friedens“ müsse so rasch als möglich verwirklicht werden.“

In offiziellen Kreisen nimmt man Gerüchte dieser Art nicht ernst. Es besteht die Auffassung, daß Deutschland zu Verhandlungen bereit sei und den passiven Widerstand nicht über den Sommer hinaus ausdehnen könne. Während aber diese beruhigenden Ansichten lanciert werden, duldet man es ruhig, daß in Zeitungsartikeln, wie in dem des vorher zitierten „Journal“, aufreizende Gedanken verbreitet werden. Der „Temps“ spielt mit dem Worte „Kriegszustand“ und weist darauf hin, daß dieses Wort zuerst in einem offiziellen deutschen Dokument ausgesprochen worden sei.

In Deutschland werden solche Provokationen mit folter Besonnenheit aufgenommen. Die Nervosität Bonicours und seiner Anhänger beweist nur die Machtlosigkeit der französischen Gewalt gegenüber der festen Entschlossenheit des passiven Widerstandes. Es ist darauf zu rechnen, daß bis zur Kammereröffnung die Worte noch heftiger werden.

(Siehe auch Seite 2.)

\* \* \*

### Keine Milderung im Abwehrlampf.

#### Der passive Widerstand an der Ruhr.

(Telegramm)

Essen, 27. April. (W. T. Z.)

Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird mitgeteilt: Die im Ruhrgebiet bekannt gewordenen Zeitungsmeldungen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage der von französischer Seite nur bei einem Ausgeben des passiven Widerstandes erfolgen sollen, haben auf deutscher Seite eine Milderung der bisherigen, an Verteidigungskraft nicht herbeigeführt; mit einer solchen Milderung wird auch nicht zu rechnen sein; darüber besteht in allen beteiligten Kreisen eine mühsame Auffassung. Die von französischer Seite durch den Düsseldorf-Korrespondenten des „Daily Telegraph“ verbreitete Erklärung, daß die Kohlenverordnung des Generals Dequante nicht in der von deutscher Seite angefaßten Schärfe durchgeführt werden soll, begegnet in den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber des Ruhrreviers berechtigten Zweifeln. Zergewisse Tatsachen, aus denen eine Milderung der Milderung der Verordnung Nr. 31 geschlossen werden könnte, sind bisher nicht bekannt geworden. Gerade diese Verordnung, die eine völlig sinnlose Behinderung des gesamten Wirtschaftslebens im Ruhrrevier darstellt und die die angehörl von den Besatzungsbehörden angelegte Produktivität in keiner Weise fördert, ist ein Druckmittel, das einen verstärkten Gegendruck von deutscher Seite notwendigerweise hervorgerufen hat und weiter hervorruft. Dazu kommt dann noch, daß die Besetzung weiterer Zonen ebenfalls nur geeignet ist, gerade die Bergarbeiterschaft zu einer Stärkung des Abwehrwillens zu führen. Die Mittel, die bisher gegen den Einbruch der französisch-belgischen Truppen ins Ruhrgebiet angewandt worden sind, sollen auch weiterhin bis zu der Stunde angewandt werden, in der eine Verkündigung über die durch die Ruhrinvasion geschaffene Lage erfolgt ist.

### Der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren.

(Telegramm)

Essen, 27. April. (W. T. Z.)

Somit jetzt feststeht, wird der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren am Donnerstag, 3. Mai, stattfinden. Eine Veränderung dieses Termins ist aber immer noch möglich.

Münster, 26. April. (W. T. Z.)

Zu des Militärgeschäfts in Kattrop sind heute der Generaldirektor Schramm der Zeche „Minister Akerbad“ bei Brabant und Anton von Strohbusch aus Linde wegen angeblicher Sabotage eingekerkert worden. Auf der Strecke Essen-Nord-Altenessen haben die Franzosen an zwei Stellen die Säulen ausgerissen. Bei dem auf dieser Strecke verübten Anschlag handelt es sich anscheinend um einen Abgehalt unbekannter Elemente gegen Teilnahme zweier ihrer Complicen durch die Franzosen, denn es ist anzunehmen, daß sich der Anschlag direkt gegen die französische Besatzungsbehörde richtet, da die Strecke dem deutschen Verkehr dient.

### Die große Illusion.

Von

Die ausgezeichnete, von einem guten politischen Instinkt getragenen Rede des Lord Curzon hat eine Fülle von Illusionen wachgerufen, die unter Umständen der angestrebten Regelung der internationalen Verhältnisse mehr abträglich als vorteilhaft sein könnten. Der bedenklichste Irrtum der internationalen Einstellung liegt in der Auffassung, als könnte der so bitter entbehrte Weltfriede durch ein mächtig hohes Angebot Deutschlands sofortigen mit einem Schläge hergestellt werden. Es ist immer ein Fehler, wenn man glaubt, eine äußerst komplexe Situation, sei es innen-, sei es außenpolitischer Natur, durch Anwendung einer simplen Formel lösen zu können. Hier liegt der Fehler offenbar zutage. Vielleicht könnte ein derartiges Angebot eine augenblickliche Entspannung hervorrufen und die Situation Bonicours erleichtern. Allein das wäre lediglich eine vorübergehende Wirkung. Der deutsche Reichszustand geht von sehr ernst und gewissenhaften Erwägungen, aber auch von zureichenden politischen Erwägungen aus, wenn er sich nachdrücklich weigert, ein Angebot zu unterbreiten, das die dauernde Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigt. Und es ist andererseits ein ungeheures sachliches Entgegenkommen Deutschlands, wenn es sich damit einverstanden erklärt, gemäß dem Vorschlage des Staatssekretärs Hughes die strikte Frage des Umfanges der noch vorhandenen deutschen Leistungsfähigkeit von den besten und autoritativen Sachkennern der Welt prüfen zu lassen. Wäre Cuno gewillens genug, einer augenblicklichen Erleichterung zuliebe ein „Konkurrenzangebot“ zu machen, dann stände die Welt in sehr kurzer Zeit vor der gleichen Situation wie gegenwärtig. Deutschland aber wäre in jeder Beziehung der Leidtragende. Jedenfalls muß die deutsche Politik alles vermeiden, was die Weiterführung des passiven Widerstandes erschwert, bis eine Regelung sichergestellt ist.

Es ist aber ein weiterer, aus einer bestimmten Tendenz verbreiteter Irrtum, daß Deutschland finanziell Frankreich sanieren könnte. Dazu hat Deutschland sich im Weltkrieg zu sehr erschöpft, es hat durch den Waffenstillstand und den Friedensvertrag, insbesondere auch durch die Besatzung und die feindliche Politik Frankreichs zu machlos eingebüßt, um selbst bei den heroischsten Anstrengungen eine solche Aufgabe lösen zu können. Es ist grundfalsch, hier von einem „guten“ oder „schlechten“ Willen zu reden, wo es sich um nichts anderes handelt als um das Weiterleben der verarmten deutschen Bevölkerung. Einige Schieberichtschaffler bedeuten demgegenüber gar nichts. Zugunsten ist reichlich die ebenfalls mühselige Lage Frankreichs. Aber darf man nicht die Frage aufwerfen: ob der so schmerzlich entbehrte Friede der Welt lediglich eine französisch-deutsche Angelegenheit ist? Leiden unter dem Wirrwarr, den die Friedensverträge verstärkt haben, nur die beiden Länder? Oder leidet unter dem Druck der abnormen Lage nicht alle Völker des Erdballs, deren Wirtschaftslieben mit dem untrüben einer andauernden, werteverdrängenden Beunruhigung ausgezehrt ist?

Wir scheitern das eine ziemlich sicher: Solange der Weltfriede, an dem alle Regierungen und Völker beteiligt sind, als eine eigentlich nur deutsch-französische Angelegenheit behandelt wird, ist eine Vereinigung der unheilvollen Atmosphäre wenig wahrscheinlich. Das Problem enthält zu viele Unterabteilungen, die allgemeiner Natur sind. Gegenwärtig ist die finanzielle Sanierung Frankreichs nicht ein solches Angelegenheit, die zwischen Paris und Berlin schwört, an ihr sind noch andere Mächte beteiligt, die in einer weitaus fruchtigeren Situation sind als Deutschland und Frankreich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß da noch Wege vorhanden sind, die auch Frankreich und damit Deutschland, die vor allem aber der ganzen Welt Erleichterung zuführen könnten.

Lord Curzon, dessen Rede so viel aktive Politik befeudete, hätte einen Schritt weiter gehen müssen. Er hätte überlegen sollen, ob es nicht auch im englischen Interesse liegt, endlich an die Stelle des Scheinfriedens die tatsächliche Beilegung der Welt herbeizuführen. Er hätte der Welt einen ungeheuer viel größeren Dienst geleistet, hätte er zugleich zum Ausdruck gebracht, daß England seinerseits bereit sei, keine Forderungen an Frankreich in die Maßlosigkeit zu werfen und auch mit der Regierung der Vereinigten Staaten in einen freundschaftlichen Gedankenanstrengung darüber einzutreten, ob es sich nicht endlich empfehle, im Interesse der Welt, wie Englands und Amerikas eine großzügige Gesamtvereinbarung der gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen herbeizuführen. Dies wäre eine — und die wirksamste! — der Möglichkeiten, einen ansichtslosen Frankreich die Brücke zu einer befriedigenden Verständigung zu bauen.

Unter der großen Illusion, als könnte der gegenwärtige Zustand der Welt geändert werden durch ein deutsches Angebot ohne gleichzeitiges Mitwirken aller sonst beteiligten, geht allmählich ein Stück der Menschheitskultur nach dem anderen zugrunde, wird in immer rasenderem Tempo das Glück, das das Leben zahlloser Menschen zertrübt. Was sind die Staatsmänner, die den Mut und die Tatkraft besitzen, in einer so kritischen Periode das zu leisten, was ein großes Schicksal ihnen als persönliche Pflicht auferlegt? Die Welt hat einen Anspruch darauf, diese Staatsmänner nicht doch in Paris oder Berlin zu finden, sie darf sich ebenso nach London, Washington oder Rom wenden. Sollen ihre Hoffnungen abermals enttäuscht werden?

Die Illusion, es handle sich auch jetzt wieder um eine nur französisch-deutsche Angelegenheit, würde mit zementierter Sicherheit zu verhängnisvollen Ergebnissen führen. Welt ist innerlich faul und unwahrscheinlich ist und weil die ganze Welt dies weiß und empfindet. An der Lösung der Ruhrfrage und alles dessen, was mit ihr zusammenhängt, sind alle anderen mitbeteiligt. Ihre Vertreter müssen den